

## DDR macht neue Schulden

Kaum hat die DDR alte Schulden im Westen wenigstens teilweise beglichen, nimmt sie schon wieder neue Kredite auf. Allein 100 Millionen Schweizer Franken lieh sich jetzt die staatliche Außenhandelsgruppe Intrac bei einem Zürcher Bankenconsortium. Für Anfang Dezember bemüht sich zudem die Deutsche Bank, über ihre Luxemburger Euro-Tochter einen Kredit über 150 Millionen Dollar für Ost-Berlin zusammenzubringen. Den größten Teil ihrer beiden von Bonn verbürgten Milliarden-Kredite hingegen haben die Ostdeutschen als hochverzinsliches Festgeld bei den Banken geparkt. Die Schuldenmanager nehmen bei dieser Vorsorge auf die Rendite keine Rücksicht. Die Neukredite kosten die DDR rund ein Prozent mehr an Zinsen, als sie für ihre Geldanlage bekommt.



Schrottplatz

## Ausfuhrstopp für Schrott?

Schrott wurde in der Europäischen Gemeinschaft so knapp und teuer, daß einige Mitgliedsländer bei der EG-Kommission auf Ausfuhrbeschränkungen dringen. Schrott ist begeht, weil Stahl zunehmend in Elektro-Öfen produziert wird. Die aber sind für die Wiederverwendung des Altmetalls besonders geeignet. Die Nachfrage ist vor allem aus Ländern mit noch florierender Stahlindustrie wie Südkorea, Indien oder Türkei gestiegen. Allein 1983 nahmen die Ex-

porte um fast 40 Prozent zu, in diesem Jahr wird die Steigerung voraussichtlich 25 Prozent betragen. Der Schrottpreis, der in Dollar berechnet wird, zog mit nach oben. Das ist doppelt mißlich für die ohnehin geplagten Stahlhersteller in der EG; denn auch der Dollar wurde immer teurer.

## Moskau schickt Spitzenpolitiker



Antonow

Mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Antonow, 72, hat Moskau erneut einen hochrangigen Politiker an die Spitze der wichtigen deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission berufen. Antonow, von 1965 bis 1980 Minister für Elektrotechnische Industrie, ist Nachfolger des im September verstorbenen Leonid Kostandow. Die erste Sitzung der Kommission unter dem neuen Vorsitzenden soll demnächst in Bonn stattfinden.

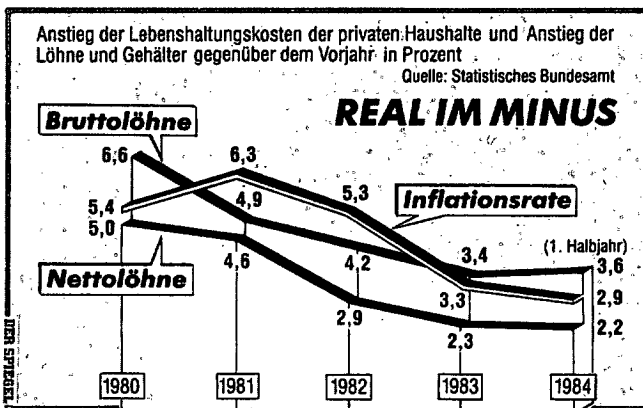
## Niefer verläßt Aufsichtsrat

Der Streit um den zukünftigen Kurs des Bremsen- und Motorenherstellers Knorr-Bremse hat zu einem weiteren Rücktritt geführt. Nach dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Wilfried Guth, gab vergangene Woche auch Mercedes-Produktionsvorstand Werner Niefer sein Aufsichtsratsmandat bei dem Münchner Unternehmen auf. Niefer und Guth hatten in den vergangenen Monaten versucht, den Einfluß der beiden zerstrittenen

Knorr-Hauptgesellschafter Joachim Vielmetter, 65, und Jens-Diether von Bandemer, 48, auf die Firmenführung zurückzudrängen. Sie wollten dem kriselnden Unternehmen ein funktionstüchtiges Management verpassen. Während Vielmetter dem neuen Unternehmenskonzept zustimmte, weigerte sich von Bandemer mitzumachen. Der widerspenstige Miteigentümer hatte wie Vielmetter bisher 46,2 Prozent des Firmenkapitals gehalten. In der letzten Zeit aber stockte er seinen Anteil heimlich auf über 50 Prozent auf. Er war damit nicht zu überstimmen. Guth und Niefer blieb nur, den Aufsichtsrat zu verlassen.

## Gehaltskürzung nach Spekulation

Für die verlustreiche Fehlspekulation eines Kollegen wollen alle Direktoren der japanischen Großbank Fuji büßen. Die Firma hatte von April bis Juli 11,5 Milliarden Yen (etwa 140 Millionen Mark) durch irreguläre Geschäfte des Chef-Devisenhändlers in der New Yorker Bank-Filiale verloren. Daraufhin haben sich die Fuji-Direktoren bereit erklärt, auf zehn bis 20 Prozent ihres Gehalts und ihre gesamte Tantieme in diesem Jahr zu verzichten. Die riesige Fehlspekulation des inzwischen entlassenen Managers war einige Monate unentdeckt geblieben, weil während des Einbaus neuer Bank-Computer die firmeninterne Revision versagte.



Die bundesdeutschen Arbeitnehmer können sich heute erheblich weniger leisten als vor fünf Jahren. Zwar sind seitdem die Bruttolöhne und -gehälter um 24,8 Prozent gestiegen – fast im Gleichschritt mit dem Kaufkraftverlust von 25,4 Prozent. Doch da von den jährlich wachsenden Gehältern auch höhere Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge einbehalten werden, reichten die Netto-Aufbesserungen bei weitem nicht aus, um die Inflationsrate zu kompensieren. Real haben die Arbeitnehmer heute über sieben Prozent weniger als 1979.